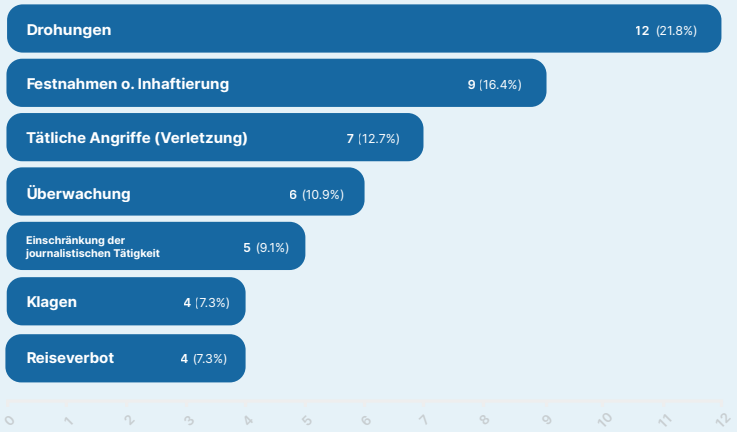
JOURNALISMUS IM EXIL UND TRANSNATIONALE REPRESSION

EUROPEAN CENTRE FOR PRESS & MEDIA FREEDOM ECPMF

Dieses Factsheet befasst sich mit Angriffen auf Journalist*innen im Exil, die auf Mapping Media Freedom (MapMF) zwischen Januar 2020 und Juni 2026 dokumentiert wurden. Das Monitoring von Angriffen auf Journalist*innen im Exil verdeutlicht die besonderen Herausforderungen, denen Journalist*innen ausgesetzt sind, die aufgrund ihrer Arbeit gezwungen waren, ihr Herkunftsland zu verlassen. Transnationale Repression (TNR) ist dabei ein zentrales Problem, da Staaten ihre repressiven Taktiken auch über Staatsgrenzen hinweg ausweiten, um kritischen Journalismus zum Schweigen zu bringen.

55
ANGRIFFE AUF JOURNALIST*INNEN UND MEDIENUNTERNEHMEN, DIE IM EXIL LEBEN UND ARBEITEN (SEIT 2020)

ARTEN VON ANGRIFFEN AUF JOURNALIST*INNEN IM EXIL (SEIT 2020)



Ein anhaltendes Risiko für Journalist*innen im Exil

Mapping Media Freedom hat 55 Angriffe auf Journalist*innen und Medienunternehmen, die im Exil leben und arbeiten, erfasst. Die Betroffenen mussten ihre Herkunftsländer verlassen, da sie infolge ihrer Berichterstattung Drohungen, Verfolgung oder politischem Druck ausgesetzt waren. Insgesamt wurden Angriffe in 12 unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländern dokumentiert.

Die Daten zeigen, dass viele Journalist*innen auch nach ihrer Flucht weiterhin gefährdet sind. In ihren Aufnahmeländern begegnen ihnen rechtliche Hürden, berufliche Einschränkungen, Transnationale Repression oder Diskriminierung.

Welchen Angriffen sind Journalist*innen im Exil ausgesetzt?

Exil bietet keine Garantie für Sicherheit. Die dokumentierten Fälle zeigen, dass viele Medienschaffende weiterhin einer Kombination aus rechtlichen, körperlichen, verbalen oder digitalen Bedrohungen ausgesetzt sind, die ihre persönliche Sicherheit oder die ihrer Familien gefährden. Viele dieser Angriffe sind Formen Transnationaler Repression, bei denen staatliche Akteur*innen versuchen, Journalist*innen über Staatsgrenzen hinweg einzuschüchtern oder zum Schweigen zu bringen.

Seit 2020 waren Journalist*innen im Exil zahlreichen Angriffen ausgesetzt:
Rechtliche Angriffe (20 Meldungen): Festnahmen und Inhaftierungen (9), Reiseverbote (4) sowie Klagen (4).
Verbale Angriffe (15 Meldungen): Drohungen (12), darunter Morddrohungen (3).
Körperliche Übergriffe (10 Meldungen): Mit Verletzungsfolgen (7) und ein im Exil lebender Journalist, der tot aufgefunden wurde.
Angriffe auf Daten (8 Meldungen): Darunter Spyware (5), Hacking (1), and Doxxing (2).
Einschränkung der journalistischen Tätigkeit (7 Meldungen): Blockierung oder Störung journalistischer Aktivitäten.

Hinweis: Die Liste der Angriffe auf Journalist*innen und Medien im Exil ist nicht vollständig. Oftmals werden Fälle aus Sicherheitsgründen, aufgrund fehlender Anerkennung Transnationaler Repression, Lücken in den Überwachungsmechanismen oder mangelndem Bewusstsein nicht umfassend gemeldet.

Du möchtest einen Angriff melden? Das kannst du hier tun.

MAPPING MEDIA FREEDOM
MEDIA FREEDOM RAPID RESPONSE

Transnationale Repression gegen Journalist*innen

Transnationale Repression (TNR) gegen Journalist*innen ist ein System grenzübergreifender Verfolgung, durch das Staaten, staatsnahe Akteur*innen oder deren Stellvertreter*innen ihre Macht bewusst über nationale Grenzen hinaus ausdehnen. Das Ziel hierbei ist, im Ausland, im Exil oder in der Diaspora lebende Medienschaffende aufgrund ihrer Berichterstattung, Kritik oder ihres öffentlichen Engagements einzuschränken, abzuschrecken, zu bestrafen oder zum Schweigen zu bringen.

TNR gegen Journalist*innen kann direkte Gewalt sein, doch die Repression erfolgt zunehmend auch durch indirekte Methoden, die über Mittelspersonen, digitale Akteur*innen, private Unternehmen, staatsnahe Medien oder kriminelle Netzwerke umgesetzt werden. Zu den prominentesten Taktiken zählen körperliche Gewalt wie Morde, Übergriffe oder Verschwindenlassen. Auch Überwachung und Spionage, einschließlich digitaler Überwachung, Cyberangriffen und Stalking werden eingesetzt.

Die Akteur*innen üben zudem psychologischen Druck aus, etwa durch Online-Belästigung und Drohungen gegen im Herkunftsland verbliebene Angehörige, sowie durch rechtliche und administrative Repression wie den Entzug von Reisepässen, Druck auf Aufnahmeländer zur Inhaftierung oder Abschiebung oder den Missbrauch von Interpol-Meldungen. Das Nutzen von Gesetzeslücken im Finanzwesen, um Bankkonten einzufrieren, kann ebenfalls als Taktik eingesetzt werden.

Der Hauptzweck dieser Maßnahmen besteht darin, ein Klima der Angst zu schaffen, um die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken, berufliche Aktivitäten zu stören oder die Rückkehr in den Herkunftsstaat zu erzwingen.

Die Auswirkungen sind vielschichtig und führen zu langfristig abschreckenden Effekten – nicht nur auf einzelne Journalist*innen, sondern auf das gesamte Mediensystem im Exil. Indem TNR die Fähigkeit Einzelner untergräbt, sicher zu arbeiten, untergräbt es die Voraussetzungen für unabhängigen Journalismus weltweit.

Quelle: ECPMF

Hinweis: Derzeit gibt es keine einheitliche, allgemein anerkannte Definition Transnationaler Repression. Dies ist eine Arbeitsdefinition, die das ECPMF für seine Monitoring- und Unterstützungsaktivitäten festgelegt hat.

Fallbeispiele

Afgan Sadygov: Aserbaidschanischer Journalist ist jahrelang rechtlicher Schikane in Georgien ausgesetzt

Afgan Sadygov, Chefredakteur von Azel.TV, lebte im Exil in Georgien, bevor er im April 2026 nach jahrelanger Schikane durch georgische und aserbaidschanische Behörden in sein Herkunftsland Aserbaidschan abgeschoben wurde.

Im Jahr 2023 floh Sadygov aus Aserbaidschan, da die Medienfreiheit von der Regierung immer weiter eingeschränkt wurde. Zuvor wurde der Journalist in Baku mehrfach festgenommen, unter anderem 2020 wegen umstrittener Erpressungsvorwürfe, die zunächst zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren führten. Später wurde die Strafe vom Obersten Gerichtshof auf vier Jahre herabgesetzt. Insgesamt verbrachte Sadygov zwei Jahre in Haft und befand sich 242 Tage lang im Hungerstreik.

In Georgien war Sadygov wiederholt Repressionen durch die georgischen Behörden ausgesetzt, was Berichten zufolge auf Druck seitens der aserbaidschanischen Regierung erfolgte. Ihm wurde ein Ausreiseverbot auferlegt, sein Asylantrag wurde abgelehnt, und er wurde mehrfach festgenommen und inhaftiert. Schließlich wurde Sadygov am 5. April 2026 nach Aserbaidschan abgeschoben und bei seiner Ankunft sofort festgenommen.

Alle MapMF-Meldungen zu Afgan Sadygov findest du hier.

Trung Khoa Lê: Vietnamesischer Journalist wird Ziel zivilrechtlicher Klagen auf mehreren Kontinenten

Der in Berlin lebende vietnamesische Journalist Trung Khoa Lê ist Chefredakteur des im Exil ansässigen Medienunternehmens Thoibao, das regelmäßig kritisch über die vietnamesische Regierung berichtet. Im Oktober 2025 beantragten der vietnamesische Elektrofahrzeughersteller VinFast und dessen Geschäftsführer Phạm Nhật Vượng Berichten zufolge bei einem Berliner Gericht eine einstweilige Verfügung gegen Lê. Grund dafür waren Facebook-Beiträge, in denen der Journalist angab, dass mit der VinGroup assoziierte Personen versucht hätten, ihn zu bestechen, um kritische Berichterstattung über das Unternehmen zu unterbinden. VinFast bestritt zudem Äußerungen, in denen Lê dem Unternehmen Einschüchterungsversuche nachsagte und Angst um seine Sicherheit äußerte.

Im November 2025 untersagte ein Berliner Gericht Lê aufgrund unzureichender Beweislage, den Bestechungsvorwurf zu wiederholen, bestätigte jedoch sein Recht, die übrigen Aussagen im Rahmen der Meinungsfreiheit zu äußern. Auf das Gerichtsverfahren in Deutschland folgten Repressalien in Vietnam. Im Dezember 2025 erließen die vietnamesischen Behörden gegen Lê einen Haftbefehl gemäß Artikel 117 des Strafgesetzbuchs. Im selben Monat wurde er in Abwesenheit zu 17 Jahren Haft verurteilt. Zusammengenommen verdeutlichen diese Maßnahmen, wie Gerichtsverfahren Transnationale Repression gegen Journalist*innen im Exil verstärken können.

Alle MapMF-Meldungen zu Trung Khoa Lê findest du hier.

Basma Mostafa: Systematische Unterdrückung durch die ägyptische Regierung und Stellvertreter*innen in Deutschland

Basma Mostafa ist eine ägyptische Investigativjournalistin, die seit 2021 im Exil in Deutschland lebt. In Ägypten wurde sie zwischen 2016 und 2020 aufgrund ihrer kritischen Berichterstattung dreimal festgenommen. Obwohl ihr in Deutschland politisches Asyl gewährt wurde, hält die Repression gegen Mostafa an.

Am 18. Juli 2022 war Basma Mostafa im Rahmen eines Besuchs des ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah Al-Sisi in Berlin verschiedenen Formen von Schikanen und Angriffen ausgesetzt. Während einer Demonstration vor dem Schloss Bellevue und dem Bundeskanzleramt in Berlin wurde sie Berichten zufolge bedroht, beleidigt, fotografiert und körperlich angegriffen, nachdem sie den Präsidenten offen kritisiert hatte. Später war sie Ziel einer digitalen Hetzkampagne und erhielt zudem einen Brief an ihre Privatadresse, in dem ihre Kinder bedroht wurden.

Die Journalistin wurde wiederholt Ziel von Angriffen, die zum Teil mutmaßlich mit der ägyptischen Regierung oder deren Vertreter*innen in Verbindung stehen. Zu diesen Vorfällen gehörten Drohungen sowie Stalking und Überwachung. So bemerkte Basma Mostafa beispielsweise am 1. Juli 2024 einen Mann, der in unmittelbarer Nähe zu ihr in einem Café saß, das sie regelmäßig zum Arbeiten besuchte. Sie erkannte ihn als den Mann, der bereits mit den früheren Angriffen auf sie während des Besuchs von Präsident Al-Sisi im Juli 2022 in Verbindung gebracht wurde. Als Mostafa in ein anderes Café wechselte, folgte der Mann ihr, woraufhin sie die Polizei rief, die ihn zur Befragung festnahm. Einige Stunden später stellte Mostafa fest, dass von einem anderen Browser aus auf ihr Facebook-Konto zugegriffen wurde.

Basma Mostafas Fall ist einer der am besten dokumentierten Fälle Transnationaler Repression auf Mapping Media Freedom und wurde sowohl von der ehemaligen UN-Sonderberichterstatterin für Meinungsfreiheit als auch von der Menschenrechtsbeauftragten der deutschen Bundesregierung unterstützt.

Alle MapMF-Meldungen zu Basma Mostafa findest du hier.

Spyware: Überwachung von Journalist*innen aus der Ferne

MapMF hat fünf Vorfälle dokumentiert, bei denen Journalist*innen im Exil zum Ziel von sogenannter Spyware, also digitalen Überwachungssoftwaren, wurden. Spyware kann die persönliche Sicherheit von im Exil lebenden Journalist*innen gefährden, indem zum Beispiel sensible Kontakte oder Rechercheerkenntnisse noch vor Veröffentlichung offengelegt werden.

Zu den bekannten Betroffenen zählen die Journalist*innen Trung Khoa Lê aus Vietnam, Galina Timchenko aus Russland, Nataliia Radzina aus Belarus und Evgeny Pavlov aus Lettland. Als Spionagesoftware wurden in den vorliegenden Fällen Predator (Intellexa Alliance) und Pegasus (NSO Group) identifiziert.

Die Angreifenden versuchten auf verschiedene Weise, auf die Geräte der Journalist*innen zuzugreifen. Der in Deutschland lebende vietnamesische Journalist Trung Khoa Lê erhielt in einer Kommentarspalte auf X einen schädlichen Link, der sein Handy mit der Predator-Software infiziert hätte. Bei der aus Lettland berichtenden Journalistin Galina Timchenko wurde Berichten zufolge die Pegasus-Software während einer Konferenz in Berlin auf ihrem iPhone installiert.

Alle MapMF-Meldungen zu Spyware-Angriffen auf im Exil lebende Journalist*innen findest du hier.

ECPMFs Journalists-in-Exile-Programm

Das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) unterstützt Journalist*innen im Exil durch sein Journalists-in-Exile (JiE)-Programm. Das Programm bietet strukturierte, kurz- bis langfristige Unterstützung, darunter berufliche Weiterbildung, Vernetzung und finanzielle Mittel für Journalist*innen im Exil in Deutschland.

Es soll dazu beitragen, dass Journalist*innen im Exil unabhängig von ihrer Herkunft Zugang zu Ressourcen und beruflichen Perspektiven haben. Die Unterstützung umfasst rechtliche und psychosoziale Beratung, Equipment, Sprachkurse, Weiterbildungen und Sicherheitsmaßnahmen.

Das ECPMF setzt sich zudem für politische Veränderungen ein und macht europaweit auf die Herausforderungen von Journalist*innen im Exil, unter anderem Transnationale Repression, aufmerksam.

Mehr Informationen: Mapping Media Freedom (MapMF) ist Teil von Media Freedom Rapid Response (MFRR). MFRR ist ein Bündnis von Pressefreiheitsorganisationen, welches vom Europäischen Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) koordiniert wird. Zu MFRR gehören außerdem ARTICLE 19 Europe, European Federation of Journalists (EFJ), Free Press Unlimited (FPU), International Press Institute (IPI) und CCI/Osservatorio Balcani Caucaso Transeuropa (OBC Transeuropa). MFRR agiert europaweit und überwacht, erfasst und reagiert auf Verstöße gegen die Presse- und Medienfreiheit in EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländern. Das Projekt wird von der Europäischen Kommission kofinanziert.

Hinweis: Die Zahlen in diesem Factsheet beziehen sich auf Verstöße gegen die Pressefreiheit im Zusammenhang mit Journalist*innen im Exil, die zwischen dem 1. Januar 2020 und 30. Juni 2026 in EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländern dokumentiert wurden. Sollten Fälle nach der Veröffentlichung dieses Factsheets gemeldet und veröffentlicht werden, erscheinen sie zwar weiterhin unter den oben angegebenen Links, können jedoch zu Abweichungen gegenüber den im Text genannten Zahlen führen. Ein Vorfall/eine Meldung kann außerdem mehrere Arten von Angriffen und Täter*innen umfassen und mehrere Journalist*innen gleichzeitig betreffen. Beispielsweise kann ein*e Journalist*in gleichzeitig beleidigt und gestoßen werden, was sowohl einen verbalen als auch einen körperlichen Angriff darstellt. Da eine einzelne Meldung mehrere Angriffsarten umfassen kann, wird ein Vorfall möglicherweise mehr als einmal gezählt. Zum Beispiel kann ein*e Journalist*in gleichzeitig beleidigt und körperlich angegriffen werden. Das entspricht dann nur einer Meldung, die aber für zwei verschiedene Angriffsarten gezählt wird: Einmal für die Gesamtzahl der verbalen und einmal für die Gesamtzahl der körperlichen Angriffe. Infolgedessen kann die Summe der dargestellten Zahlen höher sein als die Gesamtzahl der Meldungen, und die Prozentsätze können zusammen mehr als 100 % ergeben.

MEDIA FREEDOM RAPID RESPONSE

ECPMF European Centre for Press & Media Freedom · ARTICLE 19 Europe · efj European Federation of Journalists · Free Press Unlimited · IPI International Press Institute · Osservatorio Balcani Caucaso Transeuropa · Centro per la Cooperazione Internazionale